



KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 10. Mai 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

A 346 Anfrage Estermann Rahel und Mit. über den Drogenkonsum von Jugendlichen im Kanton Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement

Rahel Estermann ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Rahel Estermann: Die Ereignisse des letzten Jahres, der verbreitete Mischkonsum neuer Drogen, an welchem sogar mehrere junge Menschen gestorben sind, haben aufgerüttelt, vor allem in der Stadt Luzern, aber auch in der ganzen Schweiz. Was ist passiert und was steckt dahinter? Das alles hat bei mir viele Fragen hinterlassen, und einige davon hatten politisches Gewicht, darum habe ich die Anfrage eingereicht. Ich danke der Regierung für die umfangreichen Antworten. Sie haben mich nicht ganz befriedigt. Zuerst einmal zu den positiven Seiten der Antworten: Man spürt das Bemühen, die Thematik ernst zu nehmen. Nach dem Sommer 2020 ging ein Ruck durch die Behörden. Bei Schulen, Eltern, Polizei und Sozialarbeit sind die Substanzen inzwischen überall auf dem Radar. Das ist begrüssenswert. Trotzdem bleibt es unklar, ob der Konsum seither zurückgegangen oder immer noch sehr stark verbreitet ist. Die Antworten auf diese Fragen kann wohl erst eine Studie liefern, welche bald kommen wird. «Sich frei fühlen», «sich gehen lassen» oder «sich vollballern», so beschreiben Jugendliche in den zahlreichen Medienberichten ihre Absicht, wenn sie die Substanzen konsumieren. Seien wir ehrlich, Jugendliche suchen Grenzen, das haben sie schon immer getan. Eine drogenfreie Welt ist eine Illusion. Mit berauschenden Substanzen muss man lernen umzugehen, und man muss die Grenzen kennen. Das ist besonders für junge Menschen sehr wichtig, welche noch mitten in der Entwicklung sind. Die tragischen Vorkommnisse des letzten Jahres beweisen, dass es bei diesen Substanzen nicht so einfach ist, die Grenzen zu sehen, besonders bei Mischkonsum, und zudem fehlt den Jugendlichen das Wissen um die Gefährlichkeit. Die Prävention war offensichtlich bis vor Kurzem nicht genug bereit, oder sie hat die Jugendlichen nicht erreicht. Das muss sich ändern, und zum Glück tut sich einiges, das zeigt auch die Antwort auf meinen Vorstoss. Was sich aber nicht geändert hat, sind die Rahmenbedingungen an den hiesigen Schulen, an den Kantonsschulen und Berufsschulen. Dort findet der Alltag dieser Jugendlichen statt. Sie werden im Unterricht gefordert, aber auch ausserhalb. Leistungsdruck und Stress sind alltägliche Gefühlslagen für junge Menschen. Sie selber stellen hohe Erwartungen an sich selbst und das Umfeld genauso. Mit den Gefühlen geht es in der Pubertät sowieso auf und ab. Der Corona-Stress hat das Ganze psychologisch sicher nicht einfacher gemacht. Umso wichtiger ist ein einfaches, zugängliches, niederschwelliges Angebot, wenn Jugendliche in Schwierigkeiten geraten, beispielsweise die Schulsozialarbeit. Es gibt sie an den Volksschulen, aber nicht an Gymnasien und Berufsschulen. Schulsozialarbeit wäre – und das beweisen die Vorkommnisse in Luzern – auch in diesen Bereichen nötig und eine grosse Unterstützung. Sie hat sich bewährt und fängt Problemsituationen auf, bevor Jugendliche

Suchtprobleme entwickeln und die bereits stark belasteten psychologischen und psychiatrischen Dienste bemüht werden müssen. Die Antwort der Regierung zeigt klar, dass an den Gymnasien und Berufsschulen ein solches Angebot fehlt. Momentan ist es an den Kantonsschulen so, dass man als junger Mensch zu den eigenen Lehrpersonen gehen müsste, um über seine Probleme zu sprechen. Ich glaube es leuchtet uns allen ein, dass das eine komische Konstruktion ist, die wohl nicht funktioniert. Unser Kanton sollte sich gut überlegen, ob die Schulsozialarbeit in diesem Bereich nicht eine sehr lohnende Investition in die Zukunft der Luzerner Jugend wäre. Wir werden an diesem Thema sicher dranbleiben.

Gerda Jung: Die umfangreiche und hoch aktuelle Anfrage von Rahel Estermann zum Drogenkonsum von Jugendlichen im Kanton Luzern ist von der Regierung in unseren Augen ausführlich und breit beantwortet worden. Für uns, aber vor allem auch für die Jugendlichen besteht seit dem Frühjahr 2020 eine sehr herausfordernde Zeit, in welcher viele Freiheiten und Begegnungsmöglichkeiten nicht mehr da waren. Der Konsum von verschiedensten Drogen ist sehr aktuell, aber auch die Befindlichkeit, um zur Droge zu kommen. Ebenfalls wichtig sind die Situationen in den Familien, die hier eine zentrale Rolle spielen. Die Familien müssen über unkomplizierte Wege zur benötigten Hilfe kommen. Die CVP legt sehr grossen Wert auf genügend Beratungsmöglichkeiten auch für Familiensysteme, sei es als Prävention, bei Suchtverhalten oder in den verschiedenen Therapieformen. Es gibt im Kanton eine Vielzahl von Institutionen, so zum Beispiel die erwähnte Fachstelle Akzent Prävention und Suchttherapie, die für unsere Bevölkerung gerade in diesen Aspekten im Auftrag des Kantons eine ganz wichtige, langjährige und fundierte Arbeit leistet, aber auch die Sozialberatungszentren (SoBZ) im Kanton Luzern. Es braucht vertrauensvolle Organisationen, die Schulen, Eltern und Beratungsstellen in diesem sensiblen Themenbereich mit Sensibilisierung, Prävention und Therapie unterstützen. Dies schafft Vertrauen und gibt Sicherheit im herausfordernden Thema des Drogenkonsums.

Pia Engler: Rahel Estermann stellt wichtige Fragen rund um die Thematik des Drogenkonsums junger Menschen. Wir haben es gehört: Medienberichte über Jugendliche, welche Mischkonsum betreiben – meist Medikamente in Kombination mit Alkohol –, haben sich gehäuft. Betäubungsmitteldelikte haben um bis zu 20 Prozent zugenommen. Insbesondere ist zu beobachten, dass auch viel Jüngere zu Suchtmitteln greifen. Sie konsumieren nicht nur selber Drogen, sondern dealen und verdienen damit auch Geld. Diese Entwicklung können wir nicht gutheissen. Die Jugend hat eine erhöhte Risikobereitschaft und ist offen für Experimente. Sie nutzt dies und die ihr zur Verfügung stehenden Mittel. In tragischen Fällen konnte dies zum Tod führen. Sie haben sich im Darknet Medikamente und Drogen beschafft. Aber es hilft jetzt nicht, das Darknet zu verurteilen und sich über andere Gegebenheiten aufzuregen. Vielmehr müssen wir hinschauen und Rechenschaft darüber ablegen, ob unsere Strukturen und Mittel, die wir zur Verfügung stellen, noch adäquat sind. Die Beantwortung der Fragen fällt teilweise ausführlich aus, teilweise können keine konkreten Aussagen gemacht werden. Das bildet aus meiner Sicht auch die Zuständigkeiten in diesen Fragen in unserem Kanton ab. Heute haben wir viele verschiedene Institutionen, welche eine Teilzuständigkeit haben, wenn es um das Thema Sucht geht, insbesondere um das Thema Sucht und Jugend. Nicht immer ist die Zuständigkeit klar. Gerade dann, wenn es um die Beratung geht, weiss man teilweise nicht, ob es die Schulsozialarbeit, die Jugend- oder Familienberatung oder die Schulberatung auf der Sekundarstufe ist. Es ist zu begrüssen, dass in den letzten Monaten nicht zuletzt wegen der oben beschriebenen Entwicklung die wichtigen Player näher zusammengerückt sind. Ich bezweifle jedoch, dass es damit getan ist. Aus Sicht der SP ist das Konzept überholt und nicht mehr adäquat, dass keine Fachstelle spezifisch mit der Behandlung von Jugendlichen mit Sucht beauftragt ist; das wird auch im Bericht der Psychiatrieplanung aufgeführt, für welchen die Vernehmlassung gerade abgelaufen ist. Wir müssen klarere Ansagen machen und nahe an der Jugend sein. Unserer Auffassung nach ist es der richtige Zeitpunkt, zu überprüfen und zu überdenken, wie wir dem Thema Sucht und Jugend anders begegnen können.

Markus Schumacher: Der Regierungsrat hat es in seiner Antwort bereits erläutert: Grundsätzlich wird im Kanton Luzern sehr viel zur Drogenprävention auf allen Stufen

gemacht. Die Zusammenarbeit mit der Luzerner Polizei, den Suchtberatungsstellen und dem kantonalen Koordinationsgremium «Sucht» scheint gut zu funktionieren. So hat es sich auch schon der Problematik des Mischkonsums angenommen und eine Untergruppe gebildet. Zur Prävention wird das Projekt Drug-Checking geprüft, wie es die Stadt Luzern lanciert hat. Bei diesem Projekt werden kostenlos eine Substanzanalyse und ein Beratungsgespräch angeboten. Wie bei der ganzen Drogenkriminalität sollten die Erfahrungen aus anderen Kantonen und Städten unbedingt im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit sowie die Resultate der vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) in Auftrag gegebenen Studien mit einfließen. Es gilt unbedingt unsere Jugend davor zu bewahren und auch den Handel und viel mehr noch den Handel im Internet restriktiv zu bekämpfen.

Helen Schurtenberger: Der Drogenkonsum hat in der letzten Zeit stark zugenommen. Es ist erschreckend, welche Substanzen zusammen eingenommen werden. Die Stadt Luzern und die Agglomeration verzeichnen eine grosse Zunahme von Straftaten im Zusammenhang mit dem Betäubungsmittelgesetz. Die Dunkelziffer ist hoch, und ich behaupte, in den ländlichen Gebieten, wo weniger Taten nachgewiesen werden, ist diese höher als in der Antwort aufgezeigt. Die Stadt Luzern trägt eine gewisse Zentrumslast, was dazu führt, dass viele Anbieter sich im Raum Luzern aufhalten und sich die Kundschaft nach Luzern begibt. Eine vermehrte Polizeipräsenz versucht dieser Situation entgegenzuwirken. Der Druck auf die Jugendlichen in der Schule und bei der Arbeit nimmt laufend zu. Viele suchen dann mit Medikamenten und Drogen Entspannung. Da sie jung, sorglos und unerfahren sind, merken sie oft viel zu spät, dass mit der Einnahme von Drogen die Probleme nur verstärkt werden. Die Eltern sind oft hilflos und haben zu wenig Kenntnis darüber, wo sie sich melden können. Aus diesem Grund muss die Aufklärungs- und Informationspolitik gut laufen. Die Frage, ob der vermehrte Drogenkonsum mit der Pandemie in Zusammenhang zu bringen ist, kann mit Zahlen beantwortet werden. Die Befürchtung ist da. Die Regierung ist sich der Problematik bewusst. Sie arbeitet mit diversen Fachstellen im Suchtbereich stark zusammen. Unter anderem gibt es auch das kantonale Koordinationsgremium «Sucht», in dem Vertreter der Stadt, der Gemeinden, der Polizei, der Fachstelle Akzent Prävention und Suchttherapie und Weitere vertreten sind. Mit dem Flyer «Mischkonsum – ein gefährlicher Trend» versucht die Regierung zudem, Aufklärungsarbeit zu leisten. Das Problem ist da, und man muss weiter am Ball bleiben, um Jugendliche zu schützen. Die Regierung hat die Anfrage sehr gut beantwortet.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Die im Zusammenhang mit der Anfrage geschilderten Vorfälle, die bei Jugendlichen aufgrund von Drogenkonsum zu Todesfällen führten, stimmen in der Tat sehr nachdenklich. Eine Auswertung hat gezeigt, dass Jugendliche vermehrt harte Drogen konsumieren. Dass die Vorfälle vermehrt in der Stadt Luzern und der Agglomeration verzeichnet wurden, dürfte darauf zurückzuführen sein, dass Luzern als Zentrum für Dealer und Konsumenten – und diese Konsumenten kommen auch von der Landschaft – ein attraktiver Ort ist. Der Erwartungsdruck, soziale Ängste oder auch Belastungsstörungen können bei den Jugendlichen dazu führen, dass sie zu Drogen greifen und sich eine Suchterkrankung entwickelt. Dies wurde auf der Ebene Jugendpsychiatrie vermehrt festgestellt. Prävention wird mit Projekten, Informationen und Schulung betrieben. Die Fachstelle Akzent Prävention und Suchttherapie führt die Prävention im Auftrag des Kantons aus. Diese Fachstelle macht das sehr gut. Die Schulen haben die Unterstützung durch die Dienststelle Volksschulbildung. Zudem wird das Thema Sucht auf verschiedenen Stufen in den Schulfächern behandelt. Abschliessend ist zu sagen, dass es wichtig ist, die Jugendlichen auf den verschiedenen Stufen ihrer Entwicklung zu erreichen und sie zu informieren. Hier hat Kantonsrätin Rahel Estermann recht: Wir müssen und können noch mehr machen. Einerseits haben wir die Möglichkeit über die Bildungseinrichtungen und andererseits über Einrichtungen, die öffentlich zugänglich sind, wie die Drogeninformation Luzern, welche vom Kanton Luzern mitfinanziert wird. Die Ausführungen betreffend die Schulsozialarbeit an Gymnasien und Berufsschulen nehme ich zur Kenntnis und werde das mit dem Bildungs- und Kulturdirektor besprechen.